

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Jahresabonnement mit der tgl. Unterhaltungsbüllette Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. Nr. 2, 75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 22.-5.- Erhältlich abg. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bwingergasse 21, II. Telefon 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 18 bis 1 Uhr.
Expedition: Bwingergasse 21. Telefon 1769.
Geschäftszeit vom 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserats werben die 5gelpfennige Pettizelle mit 25 % berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 %. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im vorraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Mr. S.

Dresden, Dienstag den 12. Januar 1909.

20. Jahrg.

Der deutsch-schweizerische Mehlstreit.

Der sogenannte Wehlkonflikt zwischen Deutschland und der Schweiz, der nun auch noch zu einem Boykott der deutschen Waren in der Schweiz führen wird, lenkt von neuem die Aufmerksamkeit auf einen Zustand, der besonders in der jetzigen Zeit der teureren Lebensmittelpreise zum Protest des deutschen Volkes herausfordert. Denn die Ursachen des Streites sind die U u s f u h r p r ä m i e n, die Deutschland beim Export von Getreide und Wehl gewährt und die es besonders den großen Mühlenbetrieben Deutschlands ermöglichen, das Wehl nach dem Auslande wesentlich billiger zu verkaufen als in Deutschland selbst, billiger sogar als es die ausländischen Müller, die keinen Getreidezoll zu entrichten haben, liefern können, und doch noch ein glänzendes Geschäft dabei machen. Durch den Export von Wehl wird das Wehlangebot in Deutschland auch verringert, der Preis damit erhöht und die Mühlenbesitzer machen ein doppeltes Geschäft.

Durch die größeren Vergünstigungen, die die deutschen Müller in den letzten Jahren erhalten haben, könnten diese den Export wesentlich steigern, und die Folge davon ist, daß die schweizerischen Müller vor dem Untergange stehen, weil sie der Konkurrenz aus Deutschland nicht standhalten können. Die diplomatischen Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz wegen dieses Zustandes haben bisher zu keiner Einigung geführt. Die Schweiz will, wenn Deutschland die Exportprämie nicht beseitigt, nach Artikel 7 des Schweizer Zollgesetzes einen Zuschlag auf deutsches Mehl erheben. Dagegen protestiert die deutsche Regierung, sie bestreitet sogar, daß sie eine Exportprämie gewährt und sie verlangt, daß ein Schiedsgericht die Wehrfrage und darüber entscheide, ob die Schweiz berechtigt sei, vom Artikel 7 des Schweizer Zollgesetzes Gebrauch zu machen. Mittlerweile haben aber nur die schweizerischen Müller beschlossen, über deutsches Getreide und deutsche Mehlprodukte den Boykott zu verhängen, und wenn der Getreideboykott unwirksam bleiben sollte, den Boykott auch auf andere Artikel auszudehnen. Der Boykott scheint sich ja immer mehr als ein Stempfesmittel bei internationalem Differenzen einzuführen und besonders von den Kapitalisten als Waffe benutzt zu werden. Ein Boykott der deutschen Waren in der Schweiz könnte der deutschen Industrie auch einen bedeutenden Schaden zufügen, denn unser Export nach der Schweiz hatte im Jahre 1907 den Wert von 446,4 Millionen Mark, während sich der Import aus der Schweiz nur auf 210,8 Millionen Mark belief. Indes ist gut nicht daran zu denken, daß der Boykott überhaupt in Wirksamkeit treten wird. Die Schweizer Bevölkerung profitiert ja durch den bestehenden Zustand! Denn obwohl die Schweiz nur einen Weizenzoll von 30 Rappen (24 Pf.) pro Doppelsenntner hat, der sich im Preise der Waren gar nicht bemerkbar macht, obwohl also Mehl und Brot in der Schweiz an und für sich schon billig sind, erhalten die Konsumenten infolge der Einfuhr billigen Weizenmehls aus Deutschland das Brot noch billiger als es so schon ist. Einem Getreidebau hat aber die Schweiz auch nicht, die Bauern sind also auch am billigen Mehl interessiert, daß Huttermehl ist sogar noch ganz zollfrei, während auf Weizenmehl ein Zoll von 2,50 Franken ruht, und die gesamten Kosten bei derartigem Aufkommen

hat, neben den schweizerischen Müllern, nur das deutl. Böll zu tragen!

Um dem deutsch-schweizerischen Mehlfstreit ist in der Tat die konsumierende Bevölkerung in Deutschland der am meisten interessiert und geschädigte Teil. Geschädigt durch die Ausfuhrprämie auf Mehl, die nicht nur die schweizerischen Müller zugrunde richtet, sondern auch das Mehl und das Brot in Deutschland verteuert. Diese Exportprämie kommt folgendermaßen zu stande. Angeblich zahlt die deutsche Regierung bei Ausfuhr von Getreide den Zoll zurück, der bei der Einfuhr entrichtet worden ist, damit vor allem die Mühlenbesitzer das Getreide zollfrei einführen können, das sie nur verarbeiten und dann wieder auf dem ausländischen Markt absetzen wollen. Da aber 100 Doppelzentner Getreide nicht auch 100 Doppelzentner Mehl geben, wird das Verhältnis der Ausbeute berechnet und danach die Rückvergütung des Zolles festgesetzt. Nach der Einfuhrsteuernordnung, die seit 1. März 1906 in Kraft ist, werden in Rechnung gestellt bei der Ausfuhr von 100 Kilo-

| | | | |
|--------------------------|-----|----|-----------|
| Weizenmehl der 1. Klasse | 160 | kg | Weizen- |
| " | 2. | " | 117,50 kg |
| " | 3. | " | 100 kg |
| " | 4. | " | 135,71 kg |
| " | 5. | " | 133,33 kg |

Nun behaupten die Schweizer Müller — und dies wird wohl auch zutreffend sein —, daß die Ausbeute erstens einmal eine höhere sei, zweitens aber die Berechnung in einer Weise erfolge, daß die deutschen Müller bei der Ausfuhr von Fleisch mehr zurückvergütet bekommen, als der Zoll ausmachte. Den deutschen Müllern verbleibt ja auch noch die Futterfleie, die sie nun in Deutschland mit durch die Getreidezölle erhöhten Preisen verkaufen können, obwohl sie den Zoll durch die Ausfuhr des Fleisches bereits zurück erhalten haben. Die deutsche Regierung behauptet zwar ständig, eine Exportprämie werde nicht gewährt, und im Sommer letzten Jahres ließ die deutsche Regierung noch der schweizerischen wissen: „Eine Prämien gewährung findet nicht statt, woran auch die immer wieder aufgestellten, aber durch nichts erwiesenen gegenteiligen Behauptungen nichts zu ändern vermögen.“ Aber ohne solche verstaatlichte Prämien könnten die großen Rheinmühlen das Fleisch nicht billiger nach der Schweiz liefern, als es die Schweizer Müller herstellen können, zumal sie ja auch noch einen Fleischzoll von 2,50 Frank an die Schweiz zahlen müssen. Nach einer Denkschrift des Verbandes schweizerischer Müller kostete im Dezember 1906 in Mannheim:

| | für Inlands- Ionium | für den Export pro 100 kg |
|------------|------------------------|------------------------------|
| Wahl Nr. 0 | Fr. 26,85 | Fr. 17,55 |
| " " 1 | " 24,85 | " 18,39 |
| " " 2 | " 23,85 | " 17,39 |
| " " 3 | " 22,85 | " 16,39 |
| " " 4 | " 20,85 | " 14,39 |
| " " 5 | " 17-17½ | " 11,50 |

Die Differenz zwischen den Inlandspreis und dem Exportpreis also beim Weiß Nr. 0 8.80 M. bei den übrigen Sorten

öse Presse, die anfangs lange

Die offiziöse Presse, die anfangs lange schwieg, wandelt sich jetzt zum Vulkan, der Dementis speit. Der Erklärung des Reichsanzeigers folgt jetzt eine neue Erklärung in der Nord. Allgem. Zeitung, in der gegen das Berliner Tageblatt "festgestellt" wird, „dass Seine Majestät der Kaiser in der Befreiung mit den Generalen die Vorgänge nach dem Erscheinen des Daily Telegraph-Artikels mit keinem Wort berührt hat.“

Es bleibt abzuwarten, was das Berliner Tageblatt auf diese offiziöse Feststellung antworten wird. Dass der vom Kaiser verlesene Artikel des Grafen Schlieffen sich mit jenen Vorgängen beschäftigt, lässt sich allerdings nicht leugnen, und darum wird der Versuch unternommen, die Sache so darzustellen, als ob der Kaiser die politischen Ausführungen jenes Artikels überhaupt nicht vorgelesen und auf keine Weise sein Einverständnis mit ihnen zu erkennen gegeben habe. Dadurch würde es aber nur noch ratselhafter werden, was eigentlich den Kaiser bewogen hat, den Generalen seitenlange Vorlesungen aus der Deutschen Revue zu halten. Soweit man sieht, hat noch kein Nachmann den Versuch gemacht, die militärischen Ausführungen des Artikels als etwas irgendwie Be-

Arbeitern den gewünschten Anteil am parlamentarisch politischen Leben zu gewähren, noch sind die christlichnationalen Arbeiter die Leute, sich die in Resolutionen, Reden und Zeitungsaufsätzen so laut geforderte Gleichberechtigung zu erzwingen. Und was würde geschehen, wenn ihr Verlangen erfüllt würde, ihre Vertreter in sämtliche bürgerliche Parteien hineinzubringen? Man befinde sich in einer Zeit der ausgesprochenen und sich immer verschärfenden klassen- und Interessengegensätze: ultramontane, konservative, christlichsoziale, nationalliberale, freitänzige Fraktionsmitglieder als Vertreter der christlichnationalen Arbeiterschaft! Wie viele Fragen, die für die Arbeiter Interesse haben, mag es geben, in denen sich unter dieser gemischten Gesellschaft Übereinstimmung finden lässt! Und wo gibt es Fragen, die keine Arbeiterfragen, und wo solche, die rein politischer Natur sind, wo also sich der Arbeitervertreter von dem

Parteivertreter trennen liege? Je mehr die christlich-nationale Arbeiterbewegung sich dem von ihren Machern gesetzten Zielen nähert: Zusammenschluß aller nicht-sozialdemokratischen Arbeiter und Anerkennung der Bewegung durch die bürgerlichen Parteien — desto sicherer und näher ist völliger Bankrott nicht nur in ihrer Gesamtheit, sondern auch in ihren einzelnen Organisationen. Der antisozialistische Arbeiterblock, der nach Herrn Eigentiat Mumms weitfichtigen Plänen den antisozialistischen Karteiblock vorbereiten soll, würde auch den Organisationen auf christlicher Seite, die wie die christlichen Gewerkschaften noch einzugehen haben, den Rest von Ansehen und Vertrauen nehmen, den sie bei einem Teil der Arbeiterschaft noch genießen. Dazu ist das Klassenbewußtsein auch der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft heute schon zu weit gediehen — wie das Verhalten der katholischen Arbeiter im Stuhrvorber bei den Reichstagswahlen zeigt, die älter „christlichen“ und „nationalen“ Gestaltung ungeachtet in der Stichwahl, wenn der Zentrumskandidat ausgefallen ist, zum guten Teil dem Sozialdemokraten und nicht dem nationalliberalen Schrift-

Niemand wird behaupten wollen, daß die Parteien, die durch die Reichstagsauslösung vom 16. Dezember 1906 geschaffenen Stad an gehören, verstanden hätten, ihr Ansehen bei den Arbeitern zu erhöhen, um Gegenstand: die Stimmung der Arbeiterschaft der Blockpolitik im allgemeinen wie den an ihr Beteiligten Parteien gegenüber ist so unfehlbarlich wie nur denkbar. Würde die Soziale anders sein, wenn der Ring des Blodes geschlossen und die Konzentration vollkommen wäre dadurch, daß das Zentrum in den Bund eintrete? Nein, das Zentrum würde der vorliegenden Lage, die es sich durch seine Oppositionstellung bei den katholischen Arbeitern wiedergiebt,

merkenwertes hinzutreten, aber zahlreiche Stimmen der militärischen Nachwelt unter ihnen der französische General Mangin, haben versichert, daß der Artikel Schlieffens nur eine Sammlung von Selbstverständlichkeiten und Gemeinplätzen sei. Der Autor selbst hat in befehlender Selbstverständnis einem Ausdrucker eines französischen Blattes die Nichtigkeit dieses Urteils bestätigt. Die letztere Verleugnung eines inhaltlosen unbedeutenden Aussages durch den Kaiser im Kreise von Fachleuten, die sich dabei doch nur derart langweilen konnten, ist ein recht sonderbarer Vergang, und während er sich abspießt, mögen die Herren Generale ecklängende Blüte miteinander gewechselt haben. Möglicherweise ließ sich der Kaiser aus von der Absicht leiten, seinem alten Freunde Grafen Schlieffen, den er im Gegenzug zu anderen außerordentlichen Beurteilern für einen großen Strategen hält, eine besondere Freude zu bereiten. Jeder gewissenhafe Kritiker hätte aber über den Kaiser raten müssen, den Artikel Schlieffens, der recht bedenkliche politische Ausschreibungen enthält, sicher nicht anzuhören. Aber es ist bisher noch immer nicht bekannt, ob ein verantwortlicher Kaiser in dieser Angelegenheit überhaupt bestraft werden will.

Eine angeklagte zuverlässige Nachricht besagt, daß bereits eine befehlliche Untersuchung eingeleitet ist, um zu ergründen, auf welche Weise Nachrichten über den kaiserlichen Neulaher-Vortrag in die Leidenschaft gelangt sind. Man neige nicht ohne Grund zu der Annahme, daß einer der Reichskonservativen, d. h. also wohl ein General, die Tatsachen nicht sofortig genug gewahrt habe. Ob nun der Unglückliche, wenn man ihn erst hat, gespült oder nur aufs Rad geflossen werden soll, steht noch nicht fest; vielleicht kann die Frankfurter Zeitung einen passenden Vorschlag machen. jedenfalls zeugt er von gründlicher Verkenntnis der im Volke herrschenden Auffassungen und Stimmungen, wenn man glaubt, durch Verfolgung jener, die Nachrichten über den Kaiser in die Leidenschaft bringen, etwa beruhigend zu wirken. Man hätte doch aus der Erfahrung zwanzig langer Jahre lernen können, daß man durch Anwendung solcher Mittel Radikale nicht verhindert und eine „Affäre“ nur noch verschärft.

Deutsches Reich.

Premische Wahlrechtsreform.

Aus der Geheimwerkstatt des preußischen Ministeriums des Innern dringen durch eine Berliner Korrespondenz elende Nachrichten an die Leidenschaft. Der preußische Ministerrat soll danach bereit sein, Minister v. Wölfe entsworfene Grundzüge eines neuen preußischen Wahlrechts im Prinzip gebilligt haben. Es ist aber nicht abschließen, wann sich diese „Grundzüge“ zu einem Entwurf verdichtet haben und in letzter Gestalt an das Staatsministerium gelangen werden, noch weniger, wann endlich eine aufgearbeitete Vorlage dem Landtag zugehen soll. Als Referent für die Wahlrechtsreform im Ministerium des Innern wird der Geheimrat Falckenau bezeichnet.

Durch diese Nachrichten wird nur bestätigt, was schon höchst seltsam aufmerksamen Beobachter der Regierungsspitze entgangen sein kann. Für die Regierung Bülow heißt es in der Wahlrechtsfrage: am liebsten gar nicht, wenn es sehr wahrscheinlich wäre möglich und so wenig wie möglich. Im Jahre 1910 sollen die statistischen Vorarbeiten abgeschlossen sein, und im Jahre 1911 oder 1912 will man dann vielleicht mit einer Vorlage hervortreten, die dort als Unrecht auf neuen Grundlage wieder aufkäme. Am liebsten möchte man ja das alte Dreiflassensystem behalten, vielleicht mit einem Zusatz, daß Personen höherer Bildung ohne Rücksicht auf ihre Steuerleistung in der zweiten resp. ersten Klasse wählen dürfen. Läßt sich aber das nicht machen, so ist man entschlossen, zu einem Bivalvialwahlrecht zu greifen, ähnlich jenem, das jetzt in Sachsen Gesetz werden soll.

Wann die preußische Wahlrechtsvorlage kommt, wie sie aussehen und in welcher Gestalt sie Geheiße werden wird, hängt also zunächst von dem Maße der Kraft ab, das von der preußischen Wahlrechtsbewegung entwickelt wird. Die preußische Staatsregierung geht keinen Schritt weiter, als sie gekommen

ist. Sieht sie vor, und damit nicht der christlichen Arbeiterbewegung, sondern deren Gegner, der Sozialdemokratie, nützen. Und nicht anders wäre es mit einem Vorsatz der gesamten nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft mit Vertretern in allen bürgerlichen Parteien bestellt. Mit schon die christlich-nationale Arbeitersbewegung in ihrer jetzigen Entwicklungsfähigkeit der Sozialdemokratie umgeht. So würde sie es erreicht, wenn sie die „Vereinigung“ erlangt, die ihr die Herren Wumm und Gossen als Ziel gesetzt haben. Sie würde dadurch gehärteter und von arbeiterfreindlichen Parteien abwimmeln, als sie es ohnehin schon ist.

Die Kräfte der sozialdemokratischen Bewegung besteht in ihrer wechselseitigkeit. Das viel betonte Wort: Partei und Gewerkschaft sind eins und richtig verstanden sein, um in seiner Wahrheit und in seiner Bedeutung für die moderne Arbeitersbewegung bewiesen zu werden. Partei und Gewerkschaft haben jedo. ihr eigenes Arbeitsgebiet, ihre besonderen Aufgaben, die sie nur durch gesonderte Organisation mit eigener Verwaltung erfüllen lassen. Über der Aufstellung vom Leben und Tod der Arbeitersbewegung, von dem beide ein Teil sind, stimmen Partei und Gewerkschaft überein, und es darf keine Frage von Bedeutung für die Arbeiterschaft geben, in der sie nicht einander stehen — mag es sich um wirtschaftliche Kämpfe auf Seiten der Gewerkschaft, mag es sich um politische Kämpfe auf Seiten der Partei handeln.

Die „parteiliche Neutralität“ des christlichen Gewerkschaften und der drittligationalen Arbeitersbewegung ist ein Mythen. Sie dient als Rethorik für Bestrebungen, die sich von arbeiterfeindlichen Parteien abwenden und darum Gedacht nehmen müssen, wichtige Arbeitersfragen als „parteilich“ aufzufordern — wie zum Beispiel das Wahlrecht, den Volkstrauertag usw. —, um bei ihren politischen Plänen nicht ausgestochen. Die „politische Neutralität“ der christlichen Gewerkschaften und der drittligationalen Arbeitersbewegung ist in Wirklichkeit nichts als die Bekämpfung einer aufopfernden politischen Parteiausnahme — und zwar einer Parteiausnahme zugunsten arbeiterfeindlicher, rücksichtsloser Parteien.

Das Verhältnis der sozialistischen Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei bedarf keiner Bemühung, es ist durch die Natur der Dinge gegeben. Die Gewerkschaften, die drittligationalen Organisationen der Arbeiter, können nur in der Sozialdemokratie, der Arbeiterpartei, die Vertretung der politischen Interessen der Arbeiter erlösen. Dies Verhältnis ist so natürlich, wie es unverträglich ist, daß Arbeitersorganisationen, als welche die christlichen Gewerkschaften gelten wollen, die Verteilung ihrer Interessen bei Parteien suchen, die ihrem Leben, ihrem Zusammenleben, ihrem Programm und ihren Zielen nach nicht anders als arbeiterfeindlich sein können.

In ihrer Abhängigkeit von den bürgerlichen Parteien, denen eine wichtige Arbeiterspolitik widerstrebt, wird die drittligationalen Arbeitersbewegung scheitern, während die sozialistischen Arbeiterbewegung die Würde ihres Bedeckens und ihres Sieges hat in der jetzigen, auf das gemeinsame Ziel gerichteten Bündedogenossenschaft von Partei und Gewerkschaft und in der Unterscheidung, mit der beide als unabdingbare, nur der gemeinsamen Sache der Arbeitersbewegung verpflichtete Organisationen das Wohl des Proletariats zu vertreten vermögen.

wird, sie kann in den Berechnungen der preußischen Wahlrechtsfremde keine andere Rolle spielen als die eines hemmenden Faktors.

Bericht über die „positive Arbeit“.

Der Führer der Demokratischen Vereinigung erhielt dem Blodfreiwilligen im neueren „Blaubuch“ eine Section über politische Taktik. Er schreibt: „Eine andere Art der positiven Taktik besteht sich auf die geheimsinnlichen Gründlagen ihres Programms und auf die geheimsinnlichen Gründlagen ihres Programms.“ Die Praxis bestätigt gewissenmaßen, durch die ein Vorsatz gebracht worden ist, erstmals vielen positiven Willen als eine verdienstvolle Handlung. Die Praktische Praxis ist von dem Gedanken der Verdienstlichkeit eines derartigen positiven Mitarbeit gegenwärtig ganz besonders stark erfasst. Sie will dabei sein, wenn im Parlament etwas gelingt kommt. Sie will wieder einen Grund noch einen Vorwand bieten, sich bei der Arbeitsteilung auszuladen zu lassen. Deshalb nimmt sie sich aus, wie beim Konservativen, auch Bestimmungen mit in den Kasten, die den nichtchristlichen Grundzügen ihres Programms zuwiderrufen. Die Phrase von der positiven Minorität ist es auch, unter deren Name der Blodfreiwilligen für die Befreiung bei dem Zustandekommen einer Reichskonservativen gewonnen werden, die sich auf agrarisch-reaktionären Gleisen bewegt.

Gegenüber dieser Überzeichnung der sogenannten positiven Mitarbeit erhebt es angezeigt, einmal wieder umzuwenden das Recht der Negation zu prahlieren und auf die Bedeutung einer kraftvollen und überzeugungstreuen Opposition für die gründliche Entwicklung des politischen Lebens hinzuweisen. Unsere politische Mutter ist nicht zum verstehen aus der Unruhe zu erklären, daß der Liberalismus seine revolutionären Wünsche so mangels ist erfüllt. Die Blodfreiwilligen hat die Oppositionskraft des Freiherrn lobengelegt. Wenn immer er sich gegen die Regierung wendet, nimmt heute niemand seine Vorherrschaft ernst. Man kann eben nicht gleichzeitig mit einer Regierung verbündet sein und mit ihr im Kampfe liegen, ohne daß dieser Kampf zu einem bloßen Schauspiel wird.

So erkennt der Überzeugung in unseren Parlamenten immer weniger als eine liberalen Einheit in einer Koalition konservativer Regierungsparteien. Die Vertretung der demokratischen Staatsidee erweist es immer weniger qualifiziert. Auf der Jagd nach den kleinen politischen Erfolgen ist ihm der Blick für die wesentlichen Aufgaben des Überzeugungs immer mehr getrunken worden. Der Freiherr will nicht mehr erobern, sondern nur geholt werden, will nicht mehr bestimmen, sondern nur noch mitmachen. Dem gegenüber kann nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden, daß es in der Politik fruchtbare ist, große Ziele energisch zu verfolgen, als kleine Ziele zu erreichen. Politik ist es zu drei überzeugen: die Freiheit der öffentlichen Meinung. Dem folgt erkennbares Willen der öffentlichen Meinung kann auch bei uns in Deutschland keine Regierung und keine noch so reaktionäre Parlamentsmehrheit auf die Dauer standhalten.“

Wir glauben nicht, daß sich ein irgend wemkennbarer Teil des verbliebenen liberalen Bürgertums noch zu einer Politik ernstlicher Regierung und großer Ziele aufzurufen vermag.

Das „liberale“ Vereinsgesetz.

Hirschberg soll melde: Der dänische Vertragssverein für Flensburg und Umgegend hatte Sonntag nachmittag die Mitglieder zu einer Versammlung im Krug zu Paußburg eingeladen. Die Versammlung war nicht durch öffentliche Anzeige bekannt gegeben worden, die Mitglieder waren nur durch die Vertrauensmänner eingeladen. Am Eingange wurde eine schwere Kontrolle darüber geführt, daß nur Mitglieder darin haben, trotzdem erhielt der Raum 1500 Vorsteher und ein Sondersitz und verlangten, der Versammlung beizutreten. Der Vorsitzende des Vereins machte sie darauf aufmerksam, daß es sich um eine geöffnete Versammlung handele, bei der er das Hauptstrafrecht ausüben habe. Er verweigerte den Beamten den Sitzplatz und verbot gegebenenfalls Strafanzüge wegen Hausschreien zu erschließen. Am Eingange drangen beide ins Lokal. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet hatte, wiederholte er die Aufforderung, die beiden Abstimmungskräfte, den Saal zu verlassen, da sie sich sonst strafbar machen würden. Sie blieben jedoch sitzen. Nach der Eröffnung der Sitzung erhielt der Landtagsabgeordnete Ritter aus Viborg das Wort. Gleichzeitig erhob sich der Kandidat, der verlangte, daß die Benutzung des deutschen Sprachraums und -verbands, als dies verweigert wurde, die Versammlung auf. Als Grund gab er an, daß die Versammlungen des Vereins als öffentliche angesehen würden. Daß Künige das Amt vornehmst ist die widerrechtliche Ausübung von dem Regierungspräsidenten in Schleswig veranlaßt worden.

Premische Sparanstalt.

Zug wird die so viel gerüschte preußische Sparanstalt auch schon bei der Belebung von — Nachtwächterstellen beitragen. Es handelt sich um Beamte, die sonst durchschnittlich zwischen 600 und 800 M. jährliches Gehalt beziehen, nun aber ist man auf den gleichen Gedanken gekommen, daß man auch an den Nachtwächterstellen warten kann, wenn man diese Stellen auf dem Wege der Substitution vergibt. In der Präsentanz für Mitlädenkosten aus dem Bereich des S. und S. Konsistoriums findet sich nämlich folgende verdeckte Gefahr:

Sofort bei der Staatsanwaltschaft in Meiningen ein Nachtmädel, vollständig formelle Rücksicht und Gewandtheit, Lebensalter nicht unter 25 und nicht über 30 Jahre, Militärdienstzeit nicht unter zwei Jahren, Hochschulbildung, Anstellung vorrangig auf Rundfunk; Die Stelle wird an den Mindestfördernden vergeben, Bewerbungen an den Sächsischen Staatsbank in Meiningen.

Verdächtigen Leuten, die den Ehrgeiz haben, kolossale Nachtmädel zu werden, bietet sich hier eine solche günstige Gelegenheit. Noch in ein freilich müde ich waren lassen, wenn man dazu übersteige, häufig auch die Stellen der Sächsischen Staatsbank, Präsidium und Minister — an den Mindestfördernden zu vergeben. Die Perspektiven, die sich da eröffnen, sind unabsehbar.

Militärische Disziplin.

Noch der konferentielle Altensteiner Zeitung brach der Gustavskreis, der auf einem bei Semburg gelegenen See schwimmt, ein und geriet in die Gefahr des Unterganges. Er rief einen unmittelbaren Ruh-Polten stehenden Soldaten zu Hilfe, bot ihm erst 300, und als dies nicht half, 1000 M. Belohnung, wenn er ihm eine der zur Hand liegenden Stangen aus der Badeanstalt preiche und ihm das Leben rette. Der Soldat blieb aber, den Instruktionen für Nachwuchs folgend, auf seinem Polten und ließ den Mann ruhig ertrinken. Die Disziplin war gemacht, und ein Menschenleben dadurch verloren.

Das konervative Blatt regt sich lebhaft über die Startheit der militärischen Disziplin auf, an der es sonst wahrscheinlich nichts auszusetzen hat.

Die Reichskonsistorialwoche Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf hatte folgendes Ergebnis: Wumm (christ.-l.) 13429, Vogel (nall.) 7820, Mühlke (christ.-l.) 4776, Schärmüller (christ.) 1046, Schneider (christ.-nall.) 1022, Gogowitsch (Sos.) 1694 Stimmen. Es ist alle Stichwahl zwischen Wumm und Vogel erforderlich.

Bingen-Alzen. Wie die Fronten Zeitung erfahren hat, wird das Szenario in Bingen-Alzen von einer eigenen Kandidatur abdrücken und gleich im ersten Wahlgang den Nationalliberalen Dr. Becker unterstützen. Becker ist schon im Jahre 1903 mit Hilfe des Zentrums in Offenbach gewählt worden.

Eine Betreuungsmännerversammlung in dem Kreise, der dem

und des Dr. Peters, der Verurteilung eingelegt hatte, weil ihm die Strafe zu niedrig erschien.

In dem neuen Prozeß sind wieder gerufen: der Gouverneur von Düsseldorf, Bezirksamtmann a. D. v. Elvens, Kaplan a. D. Propter, Notarwalt Heinrich Dössau u. a., Genosse Grüber wird wieder von Rechtsanwalt Vermehren vertheidigt.

Verteuerung der Seeleute. Der Führer des Bundes der Landwirte, Dr. Dietrich Hohen, bat die Behörde von Münster aus dem Gebiete der Unterweser verantw. eine Deputation an das Reichsamt des Innern zu senden, um dort einen Fall auf die Einfuhr von ausländischen Hochseefischen zu verlangen. Der Ministralsprecher für kleine Schiffe soll auf 3 M. festgesetzt werden.

Da kommt die Cirque des Lebensmittelwucherer bei ihrem nahezu lauberen Treiben nicht aus der Ruhe.

Kämpfe in Amerika.

Berlin, 11. Januar. Zu den Kämpfen an der Nordsee, Grenze von Amerika verlor die Nord. Allem. Zeitung: Die gemeinsame Aktion der deutschen und englischen Truppen erfolgte nach der am amtlichen Stellvertreter vorliegenden telegraphischen Meldung des Gouvernements von Amerika auf Erreichen des britischen Ministrals und hatte die Wirkung, daß der Gegner in mehreren Gefechten besiegt wurde. Die deutsche Flotte beteiligte sich unter Oberleutnant v. Stephan in Stücke von drei Engländern, 40 Soldaten und einem Maschinengewehr. Es ist anzunehmen, daß die Ministrals der Grenzkommission den Durchzug verhindern wollten.

Die Verluste auf deutscher Seite sind: Oberleutnant v. Stephan Schuh in die rechte Brust und den rechten Ellbogen, Feldwebel Augustus Schuh ins rechte Handgelenk, Sergeant Schulz Straßburg in den linken Oberarm. Es sind ein Soldat und ein Pferdehirt, der schwer verwundet ist. Der Soldat ist ein Soldat, ein Dolmetscher und ein Maschinengewehrträger. Das Gefecht der deutschen Truppen war gebilligt und die weitere Unterstützung der englischen Flotte mit dem der Grenzexpedition beteiligt. Es sind eben die Befehle des Konsulats verhindert worden.

Meine politische Nachrichten. In Zürich haben sozialistische und ultramontane Vertreter beschlossen, durch eine Sammlung von 50 000 Schweizerinnen die Einführung des proportionalen Verfahrens für die Wahl in den Nationalrat zu verlangen. — Der französische Ministerrat bestätigte sich am Montag mit dem Arbeitsprogramm des Parlaments. Es wurde abgelehnt, die Maroflo-Intervention nach der Wahl des Unterrichts zu verhindern. Die Regierung wird einen Kredit von 1 Millionen Franken zur Unterstützung des italienischen Krieges beantragen. Hierauf wird die Frage der Umnutzung für die Beteiligten der Unruhen in Italien zur Sprache gebracht und schließlich wird die Einigung einer Kompromisslösung erwartet.

Meine politische Nachrichten. In Zürich haben sozialistische und ultramontane Vertreter beschlossen, durch eine Sammlung von 50 000 Schweizerinnen die Einführung des proportionalen Verfahrens für die Wahl in den Nationalrat zu verlangen. — Der französische Ministerrat bestätigte sich am Montag mit dem Arbeitsprogramm des Parlaments. Es wurde abgelehnt, die Maroflo-Intervention nach der Wahl des Unterrichts zu verhindern. Die Regierung wird einen Kredit von 1 Millionen Franken zur Unterstützung des italienischen Krieges beantragen. Hierauf wird die Frage der Umnutzung einer Kompromisslösung erwartet.

Meine politische Nachrichten. In Zürich haben sozialistische und ultramontane Vertreter beschlossen, durch eine Sammlung von 50 000 Schweizerinnen die Einführung des proportionalen Verfahrens für die Wahl in den Nationalrat zu verlangen. — Der französische Ministerrat bestätigte sich am Montag mit dem Arbeitsprogramm des Parlaments. Es wurde abgelehnt, die Maroflo-Intervention nach der Wahl des Unterrichts zu verhindern. Die Regierung wird einen Kredit von 1 Millionen Franken zur Unterstützung des italienischen Krieges beantragen. Hierauf wird die Frage der Umnutzung einer Kompromisslösung erwartet.

Meine politische Nachrichten. In Zürich haben sozialistische und ultramontane Vertreter beschlossen, durch eine Sammlung von 50 000 Schweizerinnen die Einführung des proportionalen Verfahrens für die Wahl in den Nationalrat zu verlangen. — Der französische Ministerrat bestätigte sich am Montag mit dem Arbeitsprogramm des Parlaments. Es wurde abgelehnt, die Maroflo-Intervention nach der Wahl des Unterrichts zu verhindern. Die Regierung wird einen Kredit von 1 Millionen Franken zur Unterstützung des italienischen Krieges beantragen. Hierauf wird die Frage der Umnutzung einer Kompromisslösung erwartet.

Meine politische Nachrichten. In Zürich haben sozialistische und ultramontane Vertreter beschlossen, durch eine Sammlung von 50 000 Schweizerinnen die Einführung des proportionalen Verfahrens für die Wahl in den Nationalrat zu verlangen. — Der französische Ministerrat bestätigte sich am Montag mit dem Arbeitsprogramm des Parlaments. Es wurde abgelehnt, die Maroflo-Intervention nach der Wahl des Unterrichts zu verhindern. Die Regierung wird einen Kredit von 1 Millionen Franken zur Unterstützung des italienischen Krieges beantragen. Hierauf wird die Frage der Umnutzung einer Kompromisslösung erwartet.

Meine politische Nachrichten. In Zürich haben sozialistische und ultramontane Vertreter beschlossen, durch eine Sammlung von 50 000 Schweizerinnen die Einführung des proportionalen Verfahrens für die Wahl in den Nationalrat zu verlangen. — Der französische Ministerrat bestätigte sich am Montag mit dem Arbeitsprogramm des Parlaments. Es wurde abgelehnt, die Maroflo-Intervention nach der Wahl des Unterrichts zu verhindern. Die Regierung wird einen Kredit von 1 Millionen Franken zur Unterstützung des italienischen Krieges beantragen. Hierauf wird die Frage der Umnutzung einer Kompromisslösung erwartet.

Meine politische Nachrichten. In Zürich haben sozialistische und ultramontane Vertreter beschlossen, durch eine Sammlung von 50 000 Schweizerinnen die Einführung des proportionalen Verfahrens für die Wahl in den Nationalrat zu verlangen. — Der französische Ministerrat bestätigte sich am Montag mit dem Arbeitsprogramm des Parlaments. Es wurde abgelehnt, die Maroflo-Intervention nach der Wahl des Unterrichts zu verhindern. Die Regierung wird einen Kredit von 1 Millionen Franken zur Unterstützung des italienischen Krieges beantragen. Hierauf wird die Frage der Umnutzung einer Kompromisslösung erwartet.

Meine politische Nachrichten. In Zürich haben sozialistische und ultramontane Vertreter beschlossen, durch eine Sammlung von 50 000 Schweizerinnen die Einführung des proportionalen Verfahrens für die Wahl in den Nationalrat zu verlangen. — Der französische Ministerrat bestätigte sich am Montag mit dem Arbeitsprogramm des Parlaments. Es wurde abgelehnt, die Maroflo-Intervention nach der Wahl des Unterrichts zu verhindern. Die Regierung wird einen Kredit von 1 Millionen Franken zur Unterstützung des italienischen Krieges beantragen. Hierauf wird die Frage der Umnutzung einer Kompromisslösung erwartet.

Meine politische Nachrichten. In Zürich haben sozialistische und ultramontane Vertreter beschlossen, durch eine Sammlung von 50 000 Schweizerinnen die Einführung des proportionalen Verfahrens für die Wahl in den Nationalrat zu verlangen. — Der französische Ministerrat bestätigte sich am Montag mit dem Arbeitsprogramm des Parlaments. Es wurde abgelehnt, die Maroflo-Intervention nach der Wahl des Unterrichts zu verhindern. Die Regierung wird einen Kredit von 1 Millionen Franken zur Unterstützung des italienischen Krieges beantragen. Hierauf wird die Frage der Umnutzung einer Kompromisslösung erwartet.

Meine politische Nachrichten. In Zürich haben sozialistische und ultramontane Vertreter beschlossen, durch eine Sammlung von 50 000 Schweizerinnen die Einführung des proportionalen Verfahrens für die

Oeffentliche politische Versammlungen!

Auf zum Protest gegen die neue Wahlrechtsschmach!

Sonntag den 17. Januar 1909, vormittags 11 Uhr

4 Wahlrechtsversammlungen

in folgenden Lokalen:

Kristall-Palast, Schäferstraße
Volkshaus, Ritterbergstraße

Zentralhalle, Fischhofplatz
Meinhols Säle, Moritzstraße.

Thema in allen Versammlungen:

Die neueste Wahlrechtsschmach und das arbeitende Volk!

Niemand darf zu Hause bleiben!

Aller Warnungen ungeachtet haben die lässischen Pairs zusammen mit den Reaktionären der Zweiten Kammer ein ebenso schlimmes Unrecht zugebracht, wie es die früheren Vorschläge bedeuteten. Es gilt, den Herrschenden noch einmal in letzter Stunde zu zeigen, daß nie und nimmer das arbeitende Volk sich dabei beruhigen wird, zu rechlosen Heloten herabgedrückt zu werden. Nur ein gerechtes Wahlsystem ist imstande, die Ruhe im Lande herbeizuführen.

Hoch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht!

Die Einberufer: B. Jungnickel, Löbtauer Straße 58; M. Richter, Berliner Straße 52; Oswald Berndt, Sternplatz 2; M. Hahmann, Burghardsstraße 4.



Den Genossinnen und Genossen hiermit zur Kenntnis,
daß die

Ausserordtl. Generalversammlung

Umstände halber am 17. Januar

■ nicht stattfinden kann ■

Der Vorstand.

Zentralverband der Töpfer und Berulgen. Deutschl. Filiale Dresden.

Donnerstag den 14. Januar 1909, abends halb 8 Uhr

Defftl. Töpfer-Versammlung

im kleinen Saale der Reichshallen, Palmstraße 13, 1. Etage.

Tages-Ordnung:

Die gegenwärtige örtliche Lage in unserem Beruf.

Zu dieser Versammlung ist der Centralvorstand eingeladen.

Das Eröffnen aller Kollegen ist wünschlich!

Der Vorstand.

Sparverein Edelweiß
Blumensäle.

Geben Sonnabend Mitglieder-Aufnahme und Spargeld-Einzahlung.

Dr. E. Lorenz.

Watzkes Ball-Etablissement, Dr.-Miekten.

Sonntags feiner Residenz-Ball.

Empfiehlt meinen freundl. kleinen Saal als Vereinszimmer, zur Ablösung von Hochzeiten, Familien- u. Vereinsfeierlichkeiten. Raum bis 120 Personen. Alphaltelegebahn Freitag u. Sonnabend frei. Ruhungsort Watzke.

Möbel

aller Art, auch auf Leihstellung. Referat C. Wilkerlings Nachf.

Wilsdruff, Wilsdruffer Straße 2.

Lackierer - Lehrling

lern sofort oder später unter günst. Bedingungen in die Lehre treten bei

Rudolf Watzke, Lackiererei, Wilsdruff.

Fisch-Götze - Alte Eiche.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslosen Verkauf:

Robert Großg. Möbelfabrik bei Dresden.

Berichtsvorstand für den Internationalen Reinhold Giebler, Dresden.

Hand und Verlag von Raben & Raabe, Dresden.

Referatsvorstand für den reibungslos

Sächsischer Landtag.

11. Sitzung.

166. Sitzung vom 11. Januar.

Die als erster Punkt angeführte Abstimmung über den Antrag Bödels betreffend die Petition der Firma Eichmann u. Stodmann in Görlitz wird ausgesetzt.

Soñt steht noch der Bericht der Finanzdeputation A über die Petitionen um Errichtung von Amtsgerichten zur Beurteilung.

Zuerst kommt die Petition der Stadt Schleiz um Wiedererrichtung des im Jahre 1874 eingezogenen Amtsgerichts zur Beurteilung. Nach kurzer unentschlossener Debatte, an der sich die Abgeordneten und Wolf beteiligen, wird dem Antrage der Deputation genehmigt beschlossen, die Eingabe der Regierung zur Erwörkung zu überweisen.

Auch in dem Städtchen Weizenberg bei Döbeln ist 1874 das Amtsgericht eingezogen worden. Jetzt wird, wie schon wiederholt, um Wiedererrichtung eines Amtsgerichts gebeten. Der Antrag der Deputation ging dahin, die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Das Gutachten geht dem Abg. Bödell (nicht) nicht weit genug. Durch eine lange Rede, die aber in der großen Mehrheit der Stimmen untergeht, sucht er nachzuweisen, daß mindestens ein Antrag auf Überweisung zur Erwörkung erforderlich sei. Dabei erwähnt er auch, daß die Petition früher schon einmal zur Erwörkung überwiezen worden sei, auch die Regierung habe früher einmal durch den Justizminister Abelsen Erfüllung der Forderung zugesagt. Es sei eine Konsequenz, wenn die Regierung jetzt davon nichts mehr wissen wolle.

Justizminister Dr. Otto bestreitet, daß die Regierung jemals eine bestimmate Entschließung abgegeben habe, in Weizenberg ein Amtsgericht zu errichten.

Noch weiterer unentschlossener Debatte beschließt die Kammer den Antrag der Deputation gemäß.

Der Stadtgemeinderat von Zungenau möchte ebenfalls ein Amtsgericht für sein Städtchen haben. Nach einer kurzen Befürwortung der Petition durch den Abg. Bödell wird beschlossen, die Eingabe der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Daselbe Gutachten wird einer Petition des Stadtgemeinderates zu Strehla, der ebenfalls ein Amtsgericht für diesen Ort für nötig hält, zugehört, nachdem die Eingabe von dem Abg. Dr. Seeger bestätigt worden ist.

Noch ungünstiger als die vorstehenden Orte schneiden die folgenden mit ihren Petitionen ab. Es sind die Ortschaften Brandis, Altdöbendorf, Gersdorf, Gottschee, Harttha und Liebstadt. Die Kammer beschließt in all diesen Fällen, die Petitionen um Errichtung von Amtsgerichten auf sich beruhen zu lassen. Da den einzelnen Eingaben nicht eine bezahlte Abgeordneter Reben, die sie stark belastet sind und sehr an die befürchteten Bahnhindernisse erinnern, an dem Gutachten der Deputation aber nichts ändern. Auch ein Vertrag des Abg. Wittka, für die Petition aus Gottschee ein anderer Gutachten herbeizuführen, scheitert mit 38 gegen 20 Stimmen. Hierbei betont der Justizminister Dr. Otto, es sei Verständigung, für 6000 Personen, die für ein Amtsgericht in Gottschee in Betracht kommen, ein Amtsgericht zu errichten.

Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr. Tagessordnung: Dekret über Gehalts- und Rentionsverhältnisse der Beamten an der Universität Leipzig und Antrag des Abg. Bödell auf Erleichterung der Arbeitsermittlung mit den Beamtenpensionen bei der Gemeindebesteuerung.

Parteiangelegenheiten.

Durch Verlust von Postkarten zu Gewalttätigkeiten aufgerufen!

Von der heiteren Seite wurde vor mehreren Wochen die Meldung ausgetragen, daß die Duisburger Staatsanwaltschaft in der Filiale des Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung in Düsseldorf besiegelt habe, die Reproduktionen der bekannten Kunstmäderie der Marcella von Doré und Die Freiheit führt das Volk von Delacriox enthalten. Auch in der Niederrheinischen Überzeitung legte man der Sache kein Gewicht bei, vielmehr wurden die Karten in den übrigen Filialen und im Hauptgeschäft weiter vertrieben unter besonderem Hinweis auf die Verlagsnachricht. Auch die Staatsanwaltschaft summerte sich anschließend nicht darum, denn sie ließ den weiteren Verlauf in ihrer unmittelbaren Nähe zu gehorchen, während sie in dem mehrere Stunden von Duisburg entfernten Düsseldorf die Karten beschlagnahmt hatte. Um so größer ist daher die Bekundung, daß dem Geschäftsführer unseres Duisburger Parteikollegs als Antwort auf seine Beschwerde gegen die Zeitung eine Anklage aus Grund des bekannten § 180 des Strafgesetzbuchs zugestellt werden konnte, wonach auf Geldstrafe bis zu 6000 M. oder auf Gefängnis bis zu zwei Jahren erkannt wird, gegen eine Person, die in einem den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klagen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich aufzieht!

Berwesene Verurteile.

Vom Schöffengericht Neustadt bei Coburg war Genosse von Rojewski wegen „Vereidigung des Bürgermeisters Braunschmidt zu sechs Wochen Gefängnis“ verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte sowohl Genosse v. Rojewski als auch der Staatsanwalt Verurteilung eingeklagt. Ersterer, weil ihm die Strafe zu hoch, letzterer, weil ihm die Sühne bei dem „oft vorstehenden“ Brechbündel zu niedrig war. Die Strafkammer des Landgerichts Meiningen verworf jedoch am Sonnabend beide Verurteilungen und beließ die Strafe auf sechs Wochen Gefängnis.

Aus der Partei ausgeschlossen wurde der Bergmann Ernst Hartmann in Herne. Hartmann hatte gelegentlich der legenden Stadtverordnetenversammlung auf eigene Faust einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem den Nationalliberalen einen Beitrag abzufallen, nach welchem den Nationalliberalen Stützpunkte zugestellt wurde, die von einer Parteiveranstaltung durch Beschluss abgelehnt worden waren.

Gewerkschaftliche Arbeitbewegung.

Weitere schwarze Listen des Gesamtverbandes deutscher Metallindustriellen.

2. Nr. 1060. Berlin, den 21. Dezember 1908.

Bei der Firma Sächsische Glashütte, G. m. b. H., in Zschopau bei Plauen a. S. drohen Differenzen auszubrechen, die Arbeitsermittlung hat dieses Werk bestoßen, um die Wiedereinführung eines ordnungsmäßig gefördigten Arbeiters zu erzwingen.

Wir bitten deshalb, sämtliche von genannter Firma kommenden Arbeitnehmer bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen.

2. Nr. 1072/77. Berlin, den 20. Dezember 1908.

Die Streits bei den Firmen Mechanische Windradefabrik Schreyheim in Schreyheim b. Dillingen a. D. und Glashütte Hermann G. Schmidt in Neumünster endet; er erledigen sich somit unsere Rundschreiben Nr. 171 vom 31. Juli et. Nr. 186 vom 6. September et. Nr. 196 vom 5. Oktober, Nr. 200 vom 18. Oktober, Nr. 211 vom 14. November und 228/8 vom 2/18. Dezember et.

2. Nr. 1079. Berlin, den 20. Dezember 1908.

Bei der Firma Sächsische Glashütte, G. m. b. H., in Zschopau bei Plauen a. S. drohen Differenzen auszubrechen, die Arbeitsermittlung hat dieses Werk bestoßen, um die Wiedereinführung eines ordnungsmäßig gefördigten Arbeiters zu erzwingen.

Wir bitten deshalb, sämtliche von genannter Firma kommenden Arbeitnehmer bis auf weiteres von der Einstellung aus-

zuschließen. Verhandlungen keine Besändigungen gezeigt haben, sich die nachstehend genannten Beleuchtungsfabriken:

1. Girlich, Janke u. Komp. Weishäffer, O. L.
2. Mobra u. Komp. Union, Weishäffer, O. L.
3. Joseph Schweig, Germania, Weishäffer, O. L.
4. Dr. Martin Schweig, Weishäffer, O. L.

gezwungen haben, ihre Werke außer Betrieb zu setzen.

Es sind jetzt 800 bis 900 Mann in obigen Werken ausständig, und die in Frage kommenden Personengrößen sämtlich seitlich Entlassungsfreiheit.

Wir bitten Sie nochmals dringend, alle von den genannten Firmen kommenden Glasarbeiter bis auf weiteres unbedingt von der Einstellung auszuschließen.

2. Nr. 1079. Berlin, den 20. Dezember 1908.

Rundschreiben Nr. 232 pro 1908.

Die Differenzen bei den Firmen Heinrichs Pöhl u. Sohn, Höhl- und Brechglaswerk in Ottendorf, Orla bei Dresden und Sächsische Glashütte, G. m. b. H. in Zschopau bei Plauen a. S. sind beigelegt; es erledigen sich somit unsere Rundschreiben Nr. 227 und Nr. 229 vom 18. und 21. Dezember 1908.

Gesamtverband deutscher Metallindustriellen.

Vorlesung.

Achtung, Bauarbeiter!

Für den auf Altdöbendorfer Flur bei Schandau gelegenen fassähnlichen Basaltbruch werden in Bürgerlichen Blättern Steinbrüche gehabt. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die dort ausgebrochenen Differenzen noch nicht beigelegt sind, und wird um Fernhaltung des Zugangs auch fernherin erachtet.

Verwaltungsschule der Bauarbeiter Trossen.

Anland.

Zum Konflikt im Metallarbeiterverband.

Da Ludwigshafen fand eine Mitgliederversammlung des Allg. Deutschen Metallarbeiter-Verbandes statt, die sehr zahlreich besucht war; sie nahm folgende Resolution an:

Die Versammlung ist nach den Darlegungen der Kollegen der Streikwerke der Meinung, daß in Abrede steht, daß die Belegung des Streiks in den Streikwerken eingetretenen Differenzen zwischen den Kollegen und der Streikleitung eine Störung der Dinge notwendig ist und beantragt deshalb, ein Schiedsgericht zur Beurteilung des Sachlage einzuführen.

Es wurde darauf zur Wahl einer siebenköpfigen Kommission geschritten, die die Aufgabe hat, die Beweigründe des Vorstandes für seine Sollungnahme beim Streik in den Streikwerken zu untersuchen. Die Kommission soll einer späteren Versammlung berichtet erstellen.

Eine Versammlung in Mannheim, von 2000 Metallarbeitern besucht protestierte gegen den Streikbruch durch den Zentralvorstand in den Streikwerken. Die Versammlung sprach den Beamten die Misstrauen aus und kündigte dem Leiter der örtlichen Streikleitung der Metallarbeiterorganisation in Mannheim Schneider, die Stellung.

Die Vertreter des Hauptvorstandes, Vorholzer und Bassolsch, verlangen eine schiedsgerichtliche Untersuchung wegen der ehrwürdigen Vorwürfe.

Bei beobachteter Ausverkennung im Bremer Tischlergewerbe.

Die Arbeit wurde am Montag in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Die hauptsächlichen Punkte des bei beiden Seiten ebdigültig angenommenen Schiedspruchs lauten:

Zu dem bisherigen Lohn erhält jeder Tischler vom 1. April 1909 an einen Aufschlag von einem Pfennig pro Stunde; vom 1. Juli 1909 an einen weiteren Pfennig.

Bei der Arbeitszeitverkürzung vom 12. Februar 1910 findet eine Lohnkürzung nicht statt, so daß jeder Arbeiter seinen alten Lohn weiter bezieht.

Für Unionsschläger (Anschlagen und Einlegen im Raum) wird ein Aufdörfler aufgestellt.

Die jetzt bestehenden Aufdörflerverträge über Mastenarbeitskraft bleiben in Kraft. Die Ausverkennung von Aufdörflern für weitere Artikel soll weiterhin ausdrücklich eingeleitende Verträge vorbehalten bleiben.

Für Aufdörfler findet eine Lohnerhöhung um 5 Proz. vom 15. September 1909 statt.

Für Arbeiten in Neu- und Umbauten, die länger als einen Tag dauern und in Stundenlohn angefertigt werden, wird ein Aufschlag von 2 Pf. die Stunde geahgt.

Für Bauarbeiter außerhalb des Bremer Stadtgebiets wird in Hemelingen, Eilen, Osterholz, Horn, Gebaldscheid, Kallenturm und Oslebshausen eine Bulage von 40 Pf. darüber hinaus eine solche von 70 Pf. gewährt, falls ein Übernachtung notwendig ist.

Bei Arbeiten nach außerhalb, wo Rost und Logis außer dem Soule genommen werden muß, werden pro Tag 2,75 R. Bulage geahgt.

Für Überstunden bis 8 Uhr abends ein Aufschlag von 15 Pf., nach 8 Uhr abends und Sonntags 20 Pf. die Stunde.

Der Tarif hat bis 11. Februar 1911 Gültigkeit.

Aus den Organisationen.

Der 12. Verbandsitag des Verbandes der Gläser ist vom Vorstand auf den 11. April nach Nürnberg einberufen. — Der Vorstand des Handels- und Gewerbeverbandes hat beschlossen, Unterstützung an zutreffende Mitglieder ausländischer Gewerbeorganisationen wieder zu zahlen, nachdem nunmehr die Gewerbslage im deutschen Handelsgewerbe sich günstiger gestaltet hat. Die Auszahlung von Unterstützungen an ausländische Mitglieder wurde seinerzeit eingestellt, weil infolge der Krise die Arbeitslosenziiffer so groß war, daß es unmöglich war, die Auszahlungen zu finanzieren.

Die Statistik wird sich u. a. auf Rost und Wohnung, Arbeitszeit, Pausen, Ruhet, usw. sowie beim Bedienpersonal über die Vergütungen, Entgelte und deren Verteilung usw. erstrecken. — Die nächste Generalkonferenz des Lagerhalterverbandes wird vom Vorstand auf den 9. Mai nach Frankfurt a. M. einberufen.

Auf dem Wege zur Einheitsorganisation.

Die Freie Vereinigung der Maurer Hamburg, die dortige Lokalorganisation, beschloß in ihrer ersten diesjährigen Mitgliederversammlung u. a. auf Antrag zahlreicher Mitglieder, zur Vereinfachung des Zwiespalls im Maurergewerbe eine öffentliche Maurervereinigung einzurichten und besonders die Mitglieder des Betriebsverbandes einzuladen.

Claus Süßen begründete den Antrag. Mehrere Redner gaben die Meinung Ausdruck, daß der Redner trat jedoch für die Einberufung einer öffentlichen Versammlung ein.

Nach beendeter Debatte beschloß die Versammlung, die Vertrauensleute zu beauftragen, Versammlungsverhandlungen einzurufen, die sich mit dem Antrage, eine öffentliche Maurerorganisation zu obigem Zwecke abzuhallen, beschäftigen sollen.

Die endgültige Beschlusffassung soll dann in einer Mitgliederversammlung erfolgen.

Unternehmer-Organisationen.

In Elbing ist die Gründung eines Arbeitgeberverbandes für das Schuhgewerbe erfolgt, und zwar auf Veranstellung des geschäftsführenden Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schuhgewerbe, dessen Sitz München ist. Die Arbeitgeberversammlung sprach sich für festen Zusammenschluß aller in Betracht kommenden Arbeitgeber aus, einerlei ob es Fach oder

Handwerker sind. Betont wurde, daß die geplante Taktigentwickelt ein ruhiges, leidbares Handeln erfordert.

In Braudorf wurde fürstlich eine Tagessitzung der Baumvereinigung westpreußischer Kreise und Arbeitgeberverbände abgehalten, welche die Kreise Braudorf-Stadt und Land, Zehden, Marienwerder und Schildau umfaßt. Der angebliche Zweck der Versammlung ist die Durchführung friedlicher und geordneter Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Bemerkungen über Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit, Entgelte und verdeckte, keine Arbeit zu beschäftigen, die in der letzten Arbeitszeit „betriebsmäßig“ geworden oder in einer „unberechtigten Stelle“ eingeraten sind.

Eine württembergische Bauarbeiterkongresskonferenz fand letzten Sonntag in Stuttgart statt; sie war von 153 Delegierten aus 14 Orten besucht, die sich auf insgesamt 14 Vereine verteilen.

Das Ministerium des Innern, die Zentralstelle für Handel und Gewerbe und das Justizamt Württemberg hatten Vertreter dazu entsandt. Bereiche Heil- und Hamburg wies nach, daß Württemberg mit seinen erfreulichen Nutzszahlen im Baugewerbe an der Spitze aller deutschen Bundesstaaten stand und über 100 Proz. Schwierverkehr mehr aufwies als einige andere Bundesstaaten.

Stolz-Stuttgart rückte schwere Vorwürfe gegen die Bauarbeiter-Bauarbeiterkongress, deren mangelhafte Schutzberechtigung an diesen Aufgaben schuld seien.

Hoch-Stuttgart forderte in seinem Referat über die Bauarbeiterfrage ein völliges Verbot von Kleinverarbeitern im Kleingerüst.

Einheitlich wurde einer Petition an die Regierung ausgestellt, in der Spezialarbeitsplätze für eine Ministerialverfügung in Sachen des Bauarbeiterkongresses gemacht und die Hinzuziehung von Arbeiterschutzausschüssen aus den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft verlangt wird.

Die Arbeitslosigkeit in Halle.

Eine gestern vom Gewerkschaftsrat mit Unterbrechung der Stadtgemeinde vorgenommene Arbeitslosenzählung ergab folgendes Resultat: 3212 Arbeitslose, davon rund 2000 verheiratet, die 3519 Kinder zu ernähren hatten. — In der Herberge übernachteten vom 9. zum 10. Januar allein 300 arbeitslose Menschen. — Im Jahre 1901 kündete hier 2890 und im Jahre 1902 1331 Arbeitslose.

Literatur.

Als erste Publikation im neuen Jahre aus dem sozialdemokratischen Parteiverlag der Genossenschaftsbuchhandlung des Schweizerischen Gründervereins in Zürich erschien das Doppelheft 2/3 der von P. Blüger gegründeten Sozialpolitischen Zeitschrift der Schweiz. Es enthält eine sehr interessante Arbeit aus der Feder von H. Grimm, nunmehriger Redakteur der Berner Tagwacht, über den Kampf der Unternehmerverbände in der Schweiz und die Gewerkschaften.

An Hand von authentischen Material beleuchtet der Autor in systematischer Weise die Beziehungen der schweizerischen Unternehmerverbände, deren Mittel und Taktik im wirtschaftlichen Anteckenschießen mit den Arbeitersorganisationen. Das 10. Druckausgabe umfassende Schrift verzählt in folgende Kapitel:

1. Organisation und Organisationsformen; Unternehmerverbände der Großindustrie und im Kleingerüst; Handels- und Industrieverbände.

2. Der Kampf der Unternehmerverbände gegen die Nutzung des Arbeitsmark

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Rz. 8.

Dresden, Dienstag den 12. Januar 1909.

20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Die finanziellen Ergebnisse der Staatsbahnen 1907.

Aus der regelmäßig erscheinenden Übersicht über die Ergebnisse der Staatsbahnen und der Rentabilitätsberechnung für die einzelnen Linien, die für 1907 lieben erschienen ist, entnehmen wir folgendes:

Die Betriebsleistungen sind gegen diejenigen des Jahres 1906 um 6 985 154 M. gestiegen. In der Mehreinnahme sind beteiligt: der Personenvorverkehr mit 752 797 M., der Güterverkehr mit 5 676 649 M., die Erträge aus anderen Quellen mit 555 808 M. Im Personenvorverkehr haben die Reisebeziehungen zwischen den Verkehrsstellen des eigenen Bahnbetriebs ein Mehrertrag von 121 811 M., dagegen liegen zwischen fremden östlichen und fremden Bahnen, sowie zwischen fremden Bahnen im Durchgang über das östliche Staatsgebiet ein Minderertrag von 465 814 M. gebracht. Diese Minderleistung erklärt sich zu einem großen Teile daran, daß mit der Personentarifreform am 1. Mai 1907 eine starke Erhöhung der Schnellzugtarife eingetragen ist, eine Maßregel, die gerade im direkten und Durchgangsverkehr, wo naturgemäß sehr große Entfernung zurückgelegt und vorwiegend Schnellzüge benutzt werden, beträchtliche Einnahmeverluste zur Folge haben mußte. Auch ist aus dem am 1. Mai 1907 eingetretene Wegfall der Plakatentgeltvorschüsse vornehmlich im direkten und Durchgangsverkehr eine erhebliche Minderung der Einnahmen aus dem Personenverkehr vorzugehen.

Bei der Einnahmeabnahme im Güterverkehr entfallen 1 788 077 M. auf den gesteigerten Verkehr der östlichen Staatsbahnen untereinander, 3 454 602 M. auf die vermehrten Verkehrsbeziehungen zwischen östlichen und fremden Bahnen und 498 780 M. auf den erhöhten Güteraustausch zwischen fremden Bahnen im Durchgang über die östlichen Linien. Von den Verbandsvertretern, die zu dem Mehrertrag im Verkehr mit fremden Bahnen und zwischen beiden über das östliche Eisenbahnnetz meistlich beauftragt haben, sind zu nennen, der preußisch-sächsisch-sächsische Verkehr mit 1 890 000 M., der böhmisch-sächsische und böhmische Schlesischen Kreis mit 1 083 000 M., der ostdeutsch-bayerische Verkehr mit 261 000 M., der bayerisch-sächsische Verkehr mit 229 000 M., der böhmisch-schlesisch-ungarische Verkehr mit 195 000 M., der rheinisch-westfälisch-schlesisch-ungarische Verkehr mit 94 000 M., der sächsisch-württembergische Verkehr mit 63 000 M., der sächsisch-schwäbische Verkehr mit 58 000 M. u. a. m.

Die Wirtschaftsgruppen aus anderen Quellen ergaben sich aus höheren Vergütungen, die fremde Eisenbahnverwaltungen, Besitzer von Anschlussgleisen und andere für die Wiederverwendung von Bahn- und sonstigen Anlagen, sowie für in den beheimateten Werkstätten ausgeführte Arbeiten zu bezahlen hatten, ferner durch höhere Vergütungen der Reichsbahnverwaltungen für Benutzung von Wagenabteilen und für Beförderung von Eisenbahnwagen, durch höhere Witten u. a. m. aus der Überlassung von Betriebseinheiten an fremde Eisenbahnverwaltungen und durch Mehraufwand aus dem Verkaufe von Materialien und Materialabfällen, sowie endlich durch höhere Ausgaben aus Gebäuden und Grundstücken.

Die Betriebsausgaben sind um 9 019 558 M. höher als

beijenigen im Jahre 1906. In diesem Mehraufwand sind die auf Grund des Gesetzes vom 20. Dezember 1907 gemachten Nachzahlungen von Wohnungsgebühren um, an zusammen 882 908 M. mit enthalten, deren Abschöpfung unter die Betriebsausgaben zur richtigen Darstellung des Rentabilitäts der einzelnen Staatsbahnenlinien erforderlich war.

Die Erhöhung der Ausgaben gegen das Vorjahr ist hauptsächlich eine natürliche Folge der fortgesetzten Verkehrssteigerung. Diese bedingt zunächst eine Vermehrung des im Verkehrs- und Betriebsdienst beschäftigten Arbeiterspersonals und einen Mehrverbrauch von Materialien — insbesondere von Kohlen zur Lokomotivfeuerung — außerdem führt sie aber auch zur Überstellung von Arbeitskräften in den Werkstätten, welche durch die Aufhandlung der barbenutzen Betriebsmittel in erhöhtem Maße in Anspruch genommen wurden. Ferner sind als Ursachen der Ausgabensteigerung noch anzuhören: die im Jahre 1907 eingetretene Steigerung der Materialpreise, die weiter fortgesetzte Verbesserung der Lohnverhältnisse des Arbeiters, das Einrinnen von Beamten in höhere Gehaltsklassen, Mehrlohnansprüche für Wohnungsbedarf u. a. m. Hierdurch waren mehr aufzuwendende: 1 687 087 M. für Unterhaltung und Gängung der Ausbildungsgegenstände und für Beschaffung der Brennstoffe, Sammler, Pumpe und sonstigen Betriebsmaterialien, 3 568 285 M. für Unterhaltskosten, Erneuerung und Erhaltung der Betriebsmittel und notwendigen Anlagen — darüber 540 420 M. Löhne für Werkstattarbeiter — 388 472 M. für Benutzung fremder Betriebsmittel, 1 265 475 M. für Löhne der im Betriebsdienst beschäftigten Arbeiter 1 601 781 M. Gehalte und Wohnungsgeldentwürfe — einschließlich der oben erwähnten Nachzahlungen an leichten in Höhe von 882 908 M. —, 315 362 M. für Wohnungsbedarf u. a. m.

Der Betriebsüberschuss ist, da den Mehrausgaben von 9 019 558 M. nur 6 985 154 M. Mehreinnahmen gegenüberstehen, um 2 034 404 M. geringer als der im Jahre 1906. Das mittlere Kapital aller Linien zusammen wird durch den im Jahre 1907 erzielten Überschuss mit 4,953 Proz. vergrößert gegen 5,242 Proz. im Jahre 1906. Die volljährigen Linien erbrachten einen Überschuss von 52 126 874 M., der ihr mittleres Anlagekapital mit 5,008 Proz. gegen 5,308 Proz. im Vorjahr entspricht. Der Überschuss der schmalpurrigen Bahnen beträgt ohne den Aufwand für erprobte Ergänzungen und Erweiterungen 767 204 M. oder 1,890 Proz. des mittleren Anlagekapitals, mit Einbeziehung eines Aufwands hingegen nur 741 201 M. oder 1,665 Proz. des schmalpurrigen Bahnen, 1,881 resp. 1,684 Proz. des mittleren Anlage-

Dieses Ergebnis kann nicht als besonders günstig bezeichnet werden. Es ist, wie aus den Angaben näher zu erkennen ist, ein Rückgang des Überschusses um mehr als 2 Millionen M. und ebenso auch ein Sinken der Eisenbahnrevenue von 5,3 Proz. im Jahre 1908 auf 4,9 Proz. im Vorjahr zu verzeichnen. Für 1908 soll, wie der Finanzminister mehrfach im Landtag erwartete, eine weitere Verschlechterung der finanziellen Ergebnisse des Eisenbahnbetriebes zu erwarten sein.

Der beleidigte Stadtrat.

Der bekannte Stadtrat Schwamkrug in Chemnitz, der in so elementarer Weise die Erörterungen in Sachen der Gewerkschaftskontrolle und der Betriebswohnen geführt und den "Nationalen" dadurch in die Hände gezwungen hat, ist gegen den Verantwortlichen der Volksstimme, Genossen Bartels, flagbar vorgegangen. Eine Kopie sollte die Grundlage der Beleidigungslage nach § 186 des R.-St.-G.-G. sein. Diesem Stadtrat gegenüber ist so oft und so schwärzlich geblitze worden, um einmal eine gerichtliche Aussprache und Klärung über seine oft unbegründeten Anordnungen und Verfügungen herbeizuführen; er regte sich aber nicht. Da fragte die Volksstimme in einem Entwurf zu der Verhandlung gegen die Broschürschreiber Schubert und Körber, ob diese wegen Erfüllung der Prozeß gemacht wurde, und Körber von einem Briefe sprach, der in den Akten des Stadtrats Schwamkrug zu finden sei, wie es denn

könne, daß diese in den Akten des Stadtrates so gut beobachtet wisse. Sch. müsse doch ein Interesse daran haben, sich dazu zu erklären. Eine Erklärung des Stadtrats kam nicht, wohl aber die Beleidigungsfrage. Durch die Frage fühlte sich der Stadtrat beleidigt; desgleichen durch ein Illgedicht "Schneebieber", in dem vom "Krug" gesprochen wurde, der halb kaputt sei und über dessen Alter es nun "Schwamm" drüber heile. So plötzlich, so empfindlich! Und erst so kurz gespottet! Bartels bekannte sich als Verfasser des Entwurfs und übernahm für das Illgedicht die Verantwortung. Während der Verhandlung wurde betont, "um das Stadtrat Schwamkrug anzuwerben", noch eine Reihe Artikel als Beweismittel heranzuziehen, die nichts mit der Anklage gemein hatten. Es kam deshalb zu einem heftigen Zusammentreffen zwischen Bartels und dem Gerichtsvorsitzenden. Schließlich wurde R. der verleumderischen Beleidigung schuldig befunden und mit 100 M. Geldstrafe belegt und dem angeblich Beleidigten wurde Publikationsbefreiung in der Volksstimme zugesprochen. In der Begründung wurde gelagt, daß der Stadtrat grundlos verdächtigt, lächerlich gemacht und herabgewürdigt, und daß ihm Ehrenkrisen nachgelegt werden. Mit einem "blauen Lappen" soll also die angeblich lächerliche Ehre des Stadtrats Schwamkrug wieder hergestellt werden.

Um die Selbstverwaltung der Ortsräte zu erhalten.

a. Einen mehrjährigen Kampf führt die Arbeiterschaft in Geyer im Erzgebirge, einer Stadt von circa 6500 Einwohnern, um die Errichtung einer Ortskrankenkasse. Bereits im Jahre 1905 wurde in einer öffentlichen Volksversammlung ein Komitee gewählt, das die nötigen Schritte zur Umwandlung der bestehenden Gemeindekrankenversicherung in eine Ortskrankenkasse vornehmen sollte. Dasselbe hat eine ganze Reihe von Einsätzen an den Stadtrat und die Kreishauptmannschaft Chemnitz gerichtet (darunter auch eine mit circa 300 Unterstützern von Versicherten), die aber zum Teil unbeantwortet blieben. Als das Komitee erfuhr, daß die Arbeitgeber den Hemmschuh bildeten, wurden diese zu einer Versprechung eingeladen. Ein Teil kann auch erkläre, es sei schade nur jedes Wort, denn die Arbeitgeber hätten einstimmig beschlossen, gegen die Gründung zu sein. Wegen dieser Versprechung zog sich Genosse Schm. noch eine Anzeige wegen Abhaltung einer nichtangemeldeten öffentlichen Versammlung zu. Auf eine abermalige Eingabe an die Kreishauptmannschaft veranlaßte diese den Stadtrat zu Geyer, eine Umfrage mittels Fragebogens über den Umgang des Wunsches auf Errichtung einer Ortskrankenkasse vorzunehmen. Das Ergebnis war, daß die Mehrzahl der Versicherten als auch ein Teil der Arbeitgeber sich für die Ortskrankenkasse erklärten. Die Kreishauptmannschaft ordnete nun die Gründung der Kasse an und dem Stadtverordnetenkollegium blieb nichts anderes übrig, als zunehmend zuzustimmen. Bei der Ausschreibung des Kassenposten ging aber der Kampf von neuem los. Das Kollegium beschloß nämlich gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten, daß die Beamten der Kasse vom Stadtrat angestellt werden. Unter dieser Voraussetzung hätten die Arbeitgeber überhaupt nur die Zustimmung zur Errichtung der Kasse gegeben. Gegen die Arbeitgeber hätte einstimmig beschlossen, gegen die Gründung zu sein. Wegen dieser Versprechung zog sich Genosse Schm. noch eine Anzeige wegen Abhaltung einer nichtangemeldeten öffentlichen Versammlung zu. Auf eine abermalige Eingabe an die Kreishauptmannschaft veranlaßte diese den Stadtrat zu Geyer, eine Umfrage mittels Fragebogens über den Umgang des Wunsches auf Errichtung einer Ortskrankenkasse vorzunehmen. Das Ergebnis war, daß die Mehrzahl der Versicherten als auch ein Teil der Arbeitgeber sich für die Ortskrankenkasse erklärten. Die Kreishauptmannschaft ordnete nun die Gründung der Kasse an und dem Stadtverordnetenkollegium blieb nichts anderes übrig, als zunehmend zuzustimmen. Bei der Ausschreibung des Kassenposten ging aber der Kampf von neuem los. Das Kollegium beschloß nämlich gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten, daß die Beamten der Kasse vom Stadtrat angestellt werden. Unter dieser Voraussetzung hätten die Arbeitgeber überhaupt nur die Zustimmung zur Errichtung der Kasse gegeben. Gegen die Arbeitgeber hätte einstimmig beschlossen, gegen die Gründung zu sein. Wegen dieser Versprechung zog sich Genosse Schm. noch eine Anzeige wegen Abhaltung einer nichtangemeldeten öffentlichen Versammlung zu. Auf eine abermalige Eingabe an die Kreishauptmannschaft veranlaßte diese den Stadtrat zu Geyer, eine Umfrage mittels Fragebogens über den Umgang des Wunsches auf Errichtung einer Ortskrankenkasse vorzunehmen. Das Ergebnis war, daß die Mehrzahl der Versicherten als auch ein Teil der Arbeitgeber sich für die Ortskrankenkasse erklärten. Die Kreishauptmannschaft ordnete nun die Gründung der Kasse an und dem Stadtverordnetenkollegium blieb nichts anderes übrig, als zunehmend zuzustimmen. Bei der Ausschreibung des Kassenposten ging aber der Kampf von neuem los. Das Kollegium beschloß nämlich gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten, daß die Beamten der Kasse vom Stadtrat angestellt werden. Unter dieser Voraussetzung hätten die Arbeitgeber überhaupt nur die Zustimmung zur Errichtung der Kasse gegeben. Gegen die Arbeitgeber hätte einstimmig beschlossen, gegen die Gründung zu sein. Wegen dieser Versprechung zog sich Genosse Schm. noch eine Anzeige wegen Abhaltung einer nichtangemeldeten öffentlichen Versammlung zu. Auf eine abermalige Eingabe an die Kreishauptmannschaft veranlaßte diese den Stadtrat zu Geyer, eine Umfrage mittels Fragebogens über den Umgang des Wunsches auf Errichtung einer Ortskrankenkasse vorzunehmen. Das Ergebnis war, daß die Mehrzahl der Versicherten als auch ein Teil der Arbeitgeber sich für die Ortskrankenkasse erklärten. Die Kreishauptmannschaft ordnete nun die Gründung der Kasse an und dem Stadtverordnetenkollegium blieb nichts anderes übrig, als zunehmend zuzustimmen. Bei der Ausschreibung des Kassenposten ging aber der Kampf von neuem los. Das Kollegium beschloß nämlich gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten, daß die Beamten der Kasse vom Stadtrat angestellt werden. Unter dieser Voraussetzung hätten die Arbeitgeber überhaupt nur die Zustimmung zur Errichtung der Kasse gegeben. Gegen die Arbeitgeber hätte einstimmig beschlossen, gegen die Gründung zu sein. Wegen dieser Versprechung zog sich Genosse Schm. noch eine Anzeige wegen Abhaltung einer nichtangemeldeten öffentlichen Versammlung zu. Auf eine abermalige Eingabe an die Kreishauptmannschaft veranlaßte diese den Stadtrat zu Geyer, eine Umfrage mittels Fragebogens über den Umgang des Wunsches auf Errichtung einer Ortskrankenkasse vorzunehmen. Das Ergebnis war, daß die Mehrzahl der Versicherten als auch ein Teil der Arbeitgeber sich für die Ortskrankenkasse erklärten. Die Kreishauptmannschaft ordnete nun die Gründung der Kasse an und dem Stadtverordnetenkollegium blieb nichts anderes übrig, als zunehmend zuzustimmen. Bei der Ausschreibung des Kassenposten ging aber der Kampf von neuem los. Das Kollegium beschloß nämlich gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten, daß die Beamten der Kasse vom Stadtrat angestellt werden. Unter dieser Voraussetzung hätten die Arbeitgeber überhaupt nur die Zustimmung zur Errichtung der Kasse gegeben. Gegen die Arbeitgeber hätte einstimmig beschlossen, gegen die Gründung zu sein. Wegen dieser Versprechung zog sich Genosse Schm. noch eine Anzeige wegen Abhaltung einer nichtangemeldeten öffentlichen Versammlung zu. Auf eine abermalige Eingabe an die Kreishauptmannschaft veranlaßte diese den Stadtrat zu Geyer, eine Umfrage mittels Fragebogens über den Umgang des Wunsches auf Errichtung einer Ortskrankenkasse vorzunehmen. Das Ergebnis war, daß die Mehrzahl der Versicherten als auch ein Teil der Arbeitgeber sich für die Ortskrankenkasse erklärten. Die Kreishauptmannschaft ordnete nun die Gründung der Kasse an und dem Stadtverordnetenkollegium blieb nichts anderes übrig, als zunehmend zuzustimmen. Bei der Ausschreibung des Kassenposten ging aber der Kampf von neuem los. Das Kollegium beschloß nämlich gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten, daß die Beamten der Kasse vom Stadtrat angestellt werden. Unter dieser Voraussetzung hätten die Arbeitgeber überhaupt nur die Zustimmung zur Errichtung der Kasse gegeben. Gegen die Arbeitgeber hätte einstimmig beschlossen, gegen die Gründung zu sein. Wegen dieser Versprechung zog sich Genosse Schm. noch eine Anzeige wegen Abhaltung einer nichtangemeldeten öffentlichen Versammlung zu. Auf eine abermalige Eingabe an die Kreishauptmannschaft veranlaßte diese den Stadtrat zu Geyer, eine Umfrage mittels Fragebogens über den Umgang des Wunsches auf Errichtung einer Ortskrankenkasse vorzunehmen. Das Ergebnis war, daß die Mehrzahl der Versicherten als auch ein Teil der Arbeitgeber sich für die Ortskrankenkasse erklärten. Die Kreishauptmannschaft ordnete nun die Gründung der Kasse an und dem Stadtverordnetenkollegium blieb nichts anderes übrig, als zunehmend zuzustimmen. Bei der Ausschreibung des Kassenposten ging aber der Kampf von neuem los. Das Kollegium beschloß nämlich gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten, daß die Beamten der Kasse vom Stadtrat angestellt werden. Unter dieser Voraussetzung hätten die Arbeitgeber überhaupt nur die Zustimmung zur Errichtung der Kasse gegeben. Gegen die Arbeitgeber hätte einstimmig beschlossen, gegen die Gründung zu sein. Wegen dieser Versprechung zog sich Genosse Schm. noch eine Anzeige wegen Abhaltung einer nichtangemeldeten öffentlichen Versammlung zu. Auf eine abermalige Eingabe an die Kreishauptmannschaft veranlaßte diese den Stadtrat zu Geyer, eine Umfrage mittels Fragebogens über den Umgang des Wunsches auf Errichtung einer Ortskrankenkasse vorzunehmen. Das Ergebnis war, daß die Mehrzahl der Versicherten als auch ein Teil der Arbeitgeber sich für die Ortskrankenkasse erklärten. Die Kreishauptmannschaft ordnete nun die Gründung der Kasse an und dem Stadtverordnetenkollegium blieb nichts anderes übrig, als zunehmend zuzustimmen. Bei der Ausschreibung des Kassenposten ging aber der Kampf von neuem los. Das Kollegium beschloß nämlich gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten, daß die Beamten der Kasse vom Stadtrat angestellt werden. Unter dieser Voraussetzung hätten die Arbeitgeber überhaupt nur die Zustimmung zur Errichtung der Kasse gegeben. Gegen die Arbeitgeber hätte einstimmig beschlossen, gegen die Gründung zu sein. Wegen dieser Versprechung zog sich Genosse Schm. noch eine Anzeige wegen Abhaltung einer nichtangemeldeten öffentlichen Versammlung zu. Auf eine abermalige Eingabe an die Kreishauptmannschaft veranlaßte diese den Stadtrat zu Geyer, eine Umfrage mittels Fragebogens über den Umgang des Wunsches auf Errichtung einer Ortskrankenkasse vorzunehmen. Das Ergebnis war, daß die Mehrzahl der Versicherten als auch ein Teil der Arbeitgeber sich für die Ortskrankenkasse erklärten. Die Kreishauptmannschaft ordnete nun die Gründung der Kasse an und dem Stadtverordnetenkollegium blieb nichts anderes übrig, als zunehmend zuzustimmen. Bei der Ausschreibung des Kassenposten ging aber der Kampf von neuem los. Das Kollegium beschloß nämlich gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten, daß die Beamten der Kasse vom Stadtrat angestellt werden. Unter dieser Voraussetzung hätten die Arbeitgeber überhaupt nur die Zustimmung zur Errichtung der Kasse gegeben. Gegen die Arbeitgeber hätte einstimmig beschlossen, gegen die Gründung zu sein. Wegen dieser Versprechung zog sich Genosse Schm. noch eine Anzeige wegen Abhaltung einer nichtangemeldeten öffentlichen Versammlung zu. Auf eine abermalige Eingabe an die Kreishauptmannschaft veranlaßte diese den Stadtrat zu Geyer, eine Umfrage mittels Fragebogens über den Umgang des Wunsches auf Errichtung einer Ortskrankenkasse vorzunehmen. Das Ergebnis war, daß die Mehrzahl der Versicherten als auch ein Teil der Arbeitgeber sich für die Ortskrankenkasse erklärten. Die Kreishauptmannschaft ordnete nun die Gründung der Kasse an und dem Stadtverordnetenkollegium blieb nichts anderes übrig, als zunehmend zuzustimmen. Bei der Ausschreibung des Kassenposten ging aber der Kampf von neuem los. Das Kollegium beschloß nämlich gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten, daß die Beamten der Kasse vom Stadtrat angestellt werden. Unter dieser Voraussetzung hätten die Arbeitgeber überhaupt nur die Zustimmung zur Errichtung der Kasse gegeben. Gegen die Arbeitgeber hätte einstimmig beschlossen, gegen die Gründung zu sein. Wegen dieser Versprechung zog sich Genosse Schm. noch eine Anzeige wegen Abhaltung einer nichtangemeldeten öffentlichen Versammlung zu. Auf eine abermalige Eingabe an die Kreishauptmannschaft veranlaßte diese den Stadtrat zu Geyer, eine Umfrage mittels Fragebogens über den Umgang des Wunsches auf Errichtung einer Ortskrankenkasse vorzunehmen. Das Ergebnis war, daß die Mehrzahl der Versicherten als auch ein Teil der Arbeitgeber sich für die Ortskrankenkasse erklärten. Die Kreishauptmannschaft ordnete nun die Gründung der Kasse an und dem Stadtverordnetenkollegium blieb nichts anderes übrig, als zunehmend zuzustimmen. Bei der Ausschreibung des Kassenposten ging aber der Kampf von neuem los. Das Kollegium beschloß nämlich gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten, daß die Beamten der Kasse vom Stadtrat angestellt werden. Unter dieser Voraussetzung hätten die Arbeitgeber überhaupt nur die Zustimmung zur Errichtung der Kasse gegeben. Gegen die Arbeitgeber hätte einstimmig beschlossen, gegen die Gründung zu sein. Wegen dieser Versprechung zog sich Genosse Schm. noch eine Anzeige wegen Abhaltung einer nichtangemeldeten öffentlichen Versammlung zu. Auf eine abermalige Eingabe an die Kreishauptmannschaft veranlaßte diese den Stadtrat zu Geyer, eine Umfrage mittels Fragebogens über den Umgang des Wunsches auf Errichtung einer Ortskrankenkasse vorzunehmen. Das Ergebnis war, daß die Mehrzahl der Versicherten als auch ein Teil der Arbeitgeber sich für die Ortskrankenkasse erklärten. Die Kreishauptmannschaft ordnete nun die Gründung der Kasse an und dem Stadtverordnetenkollegium blieb nichts anderes übrig, als zunehmend zuzustimmen. Bei der Ausschreibung des Kassenposten ging aber der Kampf von neuem los. Das Kollegium beschloß nämlich gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten, daß die Beamten der Kasse vom Stadtrat angestellt werden. Unter dieser Voraussetzung hätten die Arbeitgeber überhaupt nur die Zustimmung zur Errichtung der Kasse gegeben. Gegen die Arbeitgeber hätte einstimmig beschlossen, gegen die Gründung zu sein. Wegen dieser Versprechung zog sich Genosse Schm. noch eine Anzeige wegen Abhaltung einer nichtangemeldeten öffentlichen Versammlung zu. Auf eine abermalige Eingabe an die Kreishauptmannschaft veranlaßte diese den Stadtrat zu Geyer, eine Umfrage mittels Fragebogens über den Umgang des Wunsches auf Errichtung einer Ortskrankenkasse vorzunehmen. Das Ergebnis war, daß die Mehrzahl der Versicherten als auch ein Teil der Arbeitgeber sich für die Ortskrankenkasse erklärten. Die Kreishauptmannschaft ordnete nun die Gründung der Kasse an und dem Stadtverordnetenkollegium blieb nichts anderes übrig, als zunehmend zuzustimmen. Bei der Ausschreibung des Kassenposten ging aber der Kampf von neuem los. Das Kollegium beschloß nämlich gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten, daß die Beamten der Kasse vom Stadtrat angestellt werden. Unter dieser Voraussetzung hätten die Arbeitgeber überhaupt nur die Zustimmung zur Errichtung der Kasse gegeben. Gegen die Arbeitgeber hätte einstimmig beschlossen, gegen die Gründung zu sein. Wegen dieser Versprechung zog sich Genosse Schm. noch eine Anzeige wegen Abhaltung einer nichtangemeldeten öffentlichen Versammlung zu. Auf eine abermalige Eingabe an die Kreishauptmannschaft veranlaßte diese den Stadtrat zu Geyer, eine Umfrage mittels Fragebogens über den Umgang des Wunsches auf Errichtung einer Ortskrankenkasse vorzunehmen. Das Ergebnis war, daß die Mehrzahl der Versicherten als auch ein Teil der Arbeitgeber sich für die Ortskrankenkasse erklärten. Die Kreishauptmannschaft ordnete nun die Gründung der Kasse an und dem Stadtverordnetenkollegium blieb nichts anderes übrig, als zunehmend zuzustimmen. Bei der Ausschreibung des Kassenposten ging aber der Kampf von neuem los. Das Kollegium beschloß nämlich gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten, daß die Beamten der Kasse vom Stadtrat angestellt werden. Unter dieser Voraussetzung hätten die Arbeitgeber überhaupt nur die Zustimmung zur Errichtung der Kasse gegeben. Gegen die Arbeitgeber

Bemerkliche Übereinstimmung der Sterne, sofern sie Standard-Herrennungen eindeutig gekennzeichneten. Weitere Verhältnisse im hydrostatischen Zustand und Aussehen ist der heute Beobachtung der vier Sterne zufolge unterschieden, offenbar nicht sehr.

ganzes Lande zu schützen war, erwartet, der Angriff auf die Stadt mit etwa 20.000 Menschen, die große Verwüstung den Hinterlanden wider und transversal über das Eis greifen würden. In Beziehung gegen Querläufe von Stromverengungen aus Waffensatz Völker, um eine Seite auf jenseit liegen lässt, unter dem Gedanke jenseitiger rechtsseitigen Hindernissen doch Gedränge zu geben. Die Seite Jenseit wurde in dem Ritter Bistum an über der Stempeln befehigt, während der Überwachung der Rechte soll — je nach im Süde errichtet — eine Reihe von „Bastionen“ gesetztes sein, ein kleiner Turm, der seine Augen mit Weitem und breiteren Bereich, über den man die Rechte hält, und sein Wachraum bereithat, über den man die Rechte hält, und ein an beiden Seiten gefestigte Fußsteine, der seitliche Fuß, um der Rechte Platz zu geben, erhielt die Bezeichnung selber Name selber. Eine zweite deutliche Waffe, die der Prinz von Sumpf und holte bei der Schildung eines Quer- und Talhindernisses standen. Wer Statuen, wie sie Werkstätten, hat, keinen Schild, kann einen solchen machen, die sich auf die Unterwerfung des Feindes bezieht, das ist auf die Unterwerfung des Feindes, der auf dem Lande ist, auf dem Sumpf und Talhindernisse das Feindes bezieht. Es heißt hier unter anderem: Bei der Bezeichnung von Waffensatz haben außerdem zwei Abgeschäfte die Waffen darin in verschiedenem Maße befinden, einer bei dem eingesetzten Seite Bezeichnung begrenzt eingetragen werden. Durch diese Abgeschäfte gegen einen auswärtigen Feind wurde die Sicherheit der eigenen Mannschaft gestärkt. Es ist bekanntlich, dass ein Feind leicht, bei milder ja für eine solche Bezeichnung ihrer Stärke ausreichende Sicherheit steht. Unter den Statuen, welche die Schildung unterrichten haben, befindet sich die Namen Ritter n. Ulrich, Gundolf u. Siegfried, Gundolf und viele andere bedeutender Persönlichkeiten. Im Namen des Reichsstaats soll die Kapazität unverhältnismäßig mit der Stärke derartigen Feind nicht megen.

801

Unter Bspn., Auswirkung und
Entwicklung des Wirtschaftslebens
der Vollblutabteilung. U. n. d. d. Dr. Dr. R.
Weller, ein junger Geschäfts- und Beamtenarzt, bei
dem geschreibt, dass er die gesamte Wirtschafts-
zeit geben und plausibel führen will. Es
ist als abnormale Eisenbeschaffung.

Dresdner Kalender

Wichtige Wirtschaftssymbole Die Tabelle zeigt interessante

Wen hat sich überzeugt, daß die Schornsteine des Königlichen im
Wartung des jungen Kaiserreichs, die gleich kleinen Vater Kappesplatte
als Schornstein erhält hatte, von einem Berliner Bildhauer ange-
fertigt und mit ihr beladen berichten machen. Das Deutsche
Museum hat die Withe Kaiserreich auf Geschichtsdaten des Reiches ver-
hängt; der junge Kaiserreich ist wegen Wertschätzung berichtet worden. Er
beruhend auf die Geschichte und Vergangenheit unter den Kaiserreichen jenseits
Reiches gefasst zu haben. Wenn hat es die Wertschätzung nicht
mehr; eben das eine nicht sehr, bog der alte Königliche im 30. Jahr-
hundert auf dem Linden-Schmitz'scher erbauenden Pf. Die Gal-
bedingung der Prüfung soll auf dem Berliner Bildhauerschmiede des
Jahrs 1908 erfolgen sein.

zum einen eine „*Aut Bißtiges und Waisenhaus*, eine dentale Ausstellung“, mit der Georg Müller in München, Josephsplatz 7, eine große Ausstellung eröffneten, für die jetzt Otto Julius Gieseler, Max Möll und Bruno v. West Schätzungen bei den zentralen und überzeugenden Zahnärzten ausgestellt wurden. Das fachliche Deutschland soll in diesen ausgesuchten gezeigten Werken als Stadt erfreuen, die auch zwischen den großen Künsten keinen Zweck hat. Der ganze Vortrag soll den Magistraten im Hohen gegenreichen. Wie der Bericht des Reichsrats Schwerin besagt, ja wird vermutlich auch die Herstellung des Bleches durch deutsche Industriehersteller ersten Ranges hergestellt.

Was erfordert noch gewölbte: Die Nationalalibde ist mit, daß die drei Kinder 3 bis 6½ hinterlassen werden, bis um 15. Diese erfreuen sich, befiehlt der Vater den Kindern zu hören. Weitere gesetzte werden können, weil die Verantwortung und Würde für jene Schäften entfallen. Der Vaterliche Besitz wird begleitet durch Worte des Wissenden überwachendes

Ein Sturzbud nach Blättern bricht; Wass
Blätter der Geflügelgenossen, und einer Göre aus 125 Metern,
zog sie die böker Tage ein Klaren herab und blieb bei liegen.
Sie holt sich das Grind gehoben. Man sieht auf dem Rücke des
Hochwassers eines Wein befiebt, auf dem gefüllten Raub.
„Wenn sie aber gar nicht lebt, sei, so ist sie mir begonnen, denn
die Recht zu leben, kann hören mir, bis eines laufen.“ Legt den
Faden, in die Kugel, und fahrt mit.

Das heutige Beispiel Scher, Galitz, Kronie und
tieferes Verständnis der Leidenschaften welche in den
Kunstwerken die meiste Rührung auslösen möchten. Das
Schild soll unter dem Titel *Kreuzigungs-Schild* als literarische
Zeichnungsskizze am 6. Februar h. 2. im Rosenkranz-Gottesdienst
in St. Peter's gezeigt werden.

Die großen Holländischen Bildnismalereien, wie Thomas Dose, Hendrik Goltzius, Frans Halsen, Rembrandt, wie berührt sind, große Schriftsteller, die sie durch ganz Holland und auch ins Ausland ausbreiten, ohne vom Niederländischen Schriftsteller hergeholt zu werden, und so eine Niederländische Schriftstellerkunst geschaffen zu haben.

Digitized by srujanika@gmail.com

Die komplizenreiche Schenkschiefer, hat sich, als er von dem Herrn aufzuführen, an Ort und Stelle begaben und bei all Gewerken den einen und Schätzigen beigeblieben.

über 100 Wünsche, Räder, Wege, Häuser, Brücken, erlösen eine Stützglocke, die sich auf die Konfirmation der ersten Taufe in Albrecht dem Eigenglocke des Schlosses hält. Ob diese hat unter anderen: Bei der Belebung von Albrecht haben außerdem zwei Klängen aus die kleinen Zimbeln im kleinen Schlossturm, eines bei der unerwarteten Gottes-Beweinung und eines abgerufen werden sollen. Diese beiden Klänge gegen einen kleinen Weise wurde die Freiheit der zweiten Konfirmation. Ob es tatsächlich, das bei Jesu Geburt, bei welches ja eine solche Belebung ihrer Staubkörner entsprechende Söhne stand. Unter den Kästchen, welche die Stützglocke unterhalten haben, befindet sich die Namen Albrecht, Gundolf u. Albrecht und weiter unten befindet sich eine Schriftrolle, welche die Zeitstädte nach wie die Kapitelle mit dem Schriftzug ebenfalls auf einer Konfirmation bei Gott endeten werden.

三

Seine Karriere, Verfolgung und
Entwicklung des Wirtschaftslebens
der Süßwasser- und Süßwasserhandlung G. m. b. H. Dr. E. M.
Der Bericht, ein junger Gelehrter und Praktiker, bei
Schiff für Arbeit geschrieben, kann er die gesamte Wirtschafts-
entwicklung in seinen großen und plausiblen Bildern verfolgen. Es
ist nicht zwecklos, als allgemeine Orientierungsschrift.

1

Dresden 12. Januar 1900

1901

Flanische Erjcheinungen und Erbbes

Die Untersuchungen bei von der Deutschen Afrikagesellschaft erzielten im Jahre ergaben, daß die Schleuderenden Reben von bestimmten Territorien, deren wichtigstes dasjenige ist, welches Ost- und West-Australien, New-Guinea und Neukaledonien umfaßt, die Überzeher gegen immer freie Reben aus, deren Lauf in den Südsee und Australien geht. Die Südsüdostwinden gewähren in Südostasien auf. Sie können sogar 1800 auf Gewalt nach als 2000 ergänzt. Bei den Gebieten 1870 bis 1873 die Südostwinden in Südostasien bestehen, bedrohten man lange Zeit Süde, die einander mit dem Südwestwinden von den Schleudern begannen. Hat die Südwestwinden die Südostwinden in unzählbarer Weise vertrieben und zahlreiche Spalten geöffnet und gesammelt haben, so kann Südostwinden besser dort befindet an. Die Südsüdostwinden, denen man nicht weniger als 30 000 jährlich zählt, gehen in diesen südlichen Befestigungen mit ballastreichen Südwindsen und ebenso oft das der Fall mit einzigen großen Stürmen, wie z. B. bestimmt, daß von Südwindsen geprägt.

Um mindesten mit guten Grund vor dem Schreiber steht, darf auf den Merkblättern, wo bisher nichts Geschildert war, durch Aufstellungen von Gebrauch — Wiedergangshilfen des Meers — entstehen, welche die Zeuge des Zeichens von Seite des Meers geholt wurde. Wenn plötzl. doch kein Schreiber bei Merkblättern am 15. März 1881 jüngster Empfang war. Sogar die verbindendste Befreiung der Schreiber eines angloamerikanischen Seifund beginnt mit dem Gebrauchbeladenen von Schreibern.

Bei dieser Art des Bühnenzugs lassen geistliche Hauptstädte den heftigen getriebenen und frenetischen als eine Art abweichen. Aber all ih ist doch auch leider nicht der Fall, ja bei den Erbteilern, die 1755 Böbligen und 1813 Gernsheim gekauft haben, welche ja große Veränderungen in diesem 1850 noch nicht in San Romano erzielten. Ein nicht sehr gutes Bildchen eines klassischen Hochaltars aus 1821 zeigt darüber eine Konsolgruppe, welche 1883 durch heilige Figuren ver- sicherte. Wiedergeschildert werden kann. Dessen handliche Schleifen folgen auch in den mittleren Bildern nach einiger Verkürzung, wie 1808 in San Romano und 1848, eben jenseit bis eins zu einem einzigen Stab befreiteten Tabernakel.

Die heutigen Erbschließungen verzeichnen oft große Spalten. Solche zeigen sich in den Samen und an mehreren Stieln. Starke Brüche, längs mehrere Verzweigungen der Schöpfer, zwischen Wurzen nach Höhe und Breite austreten, sind bekannt, gegenwohl vereinzelt sie oft zerbrechen, bis jeder geraden ungeraden haben. Bei dem Erddurchmesser von 30 cm ist der Durchmesser über 600 Millimeter vergrößert, der bei der Höhe von 3 Meter eingeprägt, aber noch weiter auf das Dach zurückkämpft. Einige dieser Spalten haben wir bis jetzt untersucht, und es zeigt sich, daß die Stieln jährlich bei Spalten gelegene Stieln fast 10 cm um ungefähr 3 Meter, gekreuzte sogar bis 6 Meter be-
wegt.

Die Kultstättenfeierlichkeiten füllten auch sonntagsähnlicher Zeit. Röffle in Agram wurde verhindert, dass die beteiligten und bündigen Orte wieder auf das Wundertor führten an zweiter Person. Eine und Steine mit Röftr wieden noch ist rückgriffsmöglichkeit Bünden, die oft zeitgleiches Heiratsverhandlungen haben.

Bei diesen Schäden rückt die Rinde bis Oberschalen von gewöhnlichen Oberflächenzonen an. Von der Rinde aus ist ein Wogenstreifen bis zur schwieligen und netzartig gezeichneten Graszone. Im Jahre 1910 verfügte eine bewirtschaftete Fläche im Kreisgebiet 100 Hektaren und 1910 100 Hektar. Die Rinde kam beim Schneiden am 15. Juni 1895 in die auf der Insel Hispanien (Spanien) herren. Siegt 7600 Hektar und diese 20 000 Menschen. Die Rinde des Kreises hat die hohe Ernte.

Im jungen Jahrzehnt hat man eine eigenartliche Erhebung verzeichnet: Die Höhe der Erdbeben bringt sich in einer zehnjährigen Reihe um die Mittelwage. Eine Verzerrung ist auszuschließen. Die Abweichung von dem Höchst- und der Mittelwage nicht höher als bis zu 10 Metern. Wenn man sieht, dass die kleine Verzerrung des Barometers plötzliche Erdbeben und ungewöhnlich heftige Erdbeben erleichtert, bestimmt dies sehr wahrscheinlich die Verzerrung. Was gibt weiterhin die längste Reihe unserer Beobachtung, einen Vergleich aus der des Erdbebenes, die die ganze ältere Erdbeben aus ihrer Höhe abweichen kann?

